

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktages. Abonnementpreis mit Illustr. Beilage „Welt u. Zeit“ drei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46
Fernruf: 905, 926, 8191

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf: 905, 926, 8191



Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 233

Mittwoch, 6. Oktober 1926

33. Jahrgang

Severing tritt zurück

Der aus dem Amt scheidende preußische Minister des Innern hat dem Ministerpräsidenten Otto Braun am Dienstag offiziell sein Rücktrittsgesuch überreicht. Die Annahme des Rücktrittsgesuches wird offiziell mit der Ernennung des neuen Innenministers voraussichtlich am Mittwoch mitgeteilt werden. Vorher besaß sich die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages noch mit dem Rücktritt Severings. Es ist anzunehmen, daß der preußische Ministerpräsident Braun, in dessen Vollmacht die Ernennung des neuen Ministers liegt, seiner Fraktion bereits einen bestimmten Vorschlag macht. Voraussichtlich tritt der Berliner Polizeipräsident Grzesinski die Nachfolge Severings an.

Mit Severing wird auch der bisherige Staatssekretär im preußischen Ministerium des Innern aus dem Amt scheidet. Als enger Mitarbeiter des neuen Ministers dürfte eine bekannte Persönlichkeit aus dem preußischen Innenministerium in Frage kommen. Für das frei werdende Amt des Berliner Polizeipräsidenten wird eine bereits in gleicher Stellung befindliche Persönlichkeit aus dem Rheinland genannt.

*

Zu Severings Rücktritt schreibt uns unser parlamentarischer Mitarbeiter aus dem Preußischen Landtag:

Der Rücktritt des preußischen Innenministers Severing ist Tatsache geworden. Der schwere Verlust, mit dem wir freilich seit Monaten haben rechnen müssen, ist eingetreten.

Als die Sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtages sich vor einigen Wochen mit der Frage des Nachfolgers für Severing beschäftigte, wurde in einem Teil der Parteipresse gegen sie der Vorwurf erhoben, daß sie treulos und unfreundlich gehandelt habe: nicht einen Ersatz für Severing hätte sie suchen dürfen, sondern Voraussetzungen schaffen müssen, unter denen Severing, durch einen Kreis tüchtiger und zuverlässiger Mitarbeiter vor Heberarbeitung geschützt, sein Amt noch recht lange weiterführen könnte. Diese völlig unberechtigten Angriffe beruhen auf mangelnder Kenntnis der Tatsachen, aber sie sind von vornherein entschuldigt durch die Liebe für Severing, die aus ihnen spricht. Nur sollte man glauben, daß unsere Freundschaft zu Severing nicht schwächer und nicht kälter ist als die anderer Parteigenossen.

Die Tatsachen liegen so, daß Severing bei der Fraktion seit Jahren auf Befreiung von seinem Amt drängt. Immer wieder haben wir ihn genötigt, gezwungen, sein Amt fortzuführen. Unter heftigstem Widerstreben hat Severing sich damals bereit erklärt, es noch einige Wochen zu versuchen. Aber nur, nachdem wir ihm in die Hand hatten versprochen müssen, nicht mehr in ihn zu drängen, wenn er auch diesen Versuch als gescheitert ansehe. Das war zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause der Fall. Seitdem stand Severings Rücktritt fest. Nur ganz besonders rechnerisch-parlamentarische Schwierigkeiten haben ihn wider Willen gezwungen, über den letzten Termin hinaus, den er selbst gesetzt hatte, noch einige Wochen im Amt zu verharren.

An dem Tage, an dem Karl Severing sechs Jahre lang das Amt des preußischen Ministers des Innern verwaltete, hat die Preußische Landtagsfraktion ihm seine von Georg Kolbe gemachte Waise als Ehrengabe überreicht. Sie wollte damit zum Ausdruck bringen, daß sie sich der einzigartigen Leistung Severings voll bewußt ist. Aber die Hochachtung, die selbst erbitterte politische Gegner ihm nicht versagen können, spricht noch deutlicher als alle Anerkennung der Freunde von dem, was Severing für den Wiederaufbau Deutschlands getan hat. Die Wiederherstellung eines geordneten und die Erhaltung eines freien Staatswesens verdanken wir neben Friedrich Ebert in erster Reihe Karl Severing. Wenn die Sozialdemokratie aus der preußischen Regierung nie hat verdängt werden können, wenn dadurch Preußen zum Eckpfeiler der Republik geworden ist, so ist das wiederum Severings großer persönlicher Leistung zu verdanken. Und es hat ganz gewiß noch nie einen Staatsmann vom Format Karl Severings

gegeben, der sich durch persönliche Bescheidenheit, Liebenswürdigkeit und Herzengüte sozial ehrliebe Freundschaft erworben hat wie eben Karl Severing.

*

Weiter wird von unserer Preussischen Landtagsfraktion mitgeteilt:

Die Presse der Reaktion hat Severing verleumdet, solange er im Amt war. Sie bleibt der Pöbel treu, da er aus dem Amt scheidet. Sie verbreitet die infame Verleumdung, Karl Severing gehe, um der großen Koalition Platz zu machen. Dazu ist zu sagen: daß wir niemals auch nur im Traume daran gedacht haben, Karl Severing irgendeiner Koalition zu opfern. Und daß selbst eine solche Zumutung seit Jahr und Tag nicht mehr an uns herangetragen worden ist. Mit der Frage, ob die Regierung in Preußen auf die Basis der großen Koalition gestellt wird, hat der Rücktritt Severings nicht das allermindeste zu tun. Wenn die Volkspartei in letzter Zeit wegen ihres Wiedereintritts in die preussische Regierung vorgeführt hat, so mußte sie wissen und wußte sie, daß Otto Braun und Karl Severing wie die Ämter, die sie inne haben, für uns überhaupt kein Verhandlungsgegenstand sind. Selbstverständlich wird Genosse Braun zum Nachfolger Severings sofort den besten Mann berufen, den die Sozialdemokratische Partei für diesen Posten zur Verfügung hat. Ob später einmal Verhandlungen über die große Koalition stattfinden, steht auf einem ganz anderen Blatt. Einstweilen ist an die Sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preußen noch niemand offiziell oder privat mit der Aufforderung herantreten, über diese Frage erneut zu verhandeln.

Die Abschiedsmusik der Rechtspresse

Berlin, 6. Oktober (Radio)

Die gesamte Berliner Morgenpresse beschäftigt sich ausführlich mit dem Rücktritt des preussischen Innenministers Severing. Von ganz besonderem Interesse sind dabei die „Nährungszeugnisse“, die dem Scheidenden in der Rechtspresse ausgestellt werden, der in den sechs Jahren seines Wirkens als Minister ständig maßlosen Angriffen ausgesetzt war.

„Ohne Zweifel hat er“, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, „an der Spitze des eigentlichen politischen Ministeriums in Preußen ein ungewöhnliches Maß von Zielbewußtsein und Energie vielfach zugleich von taktischer Klugheit entwickelt. Darüber hinaus hat er in Einzelfällen auch stets politischen Sturz gezeigt. Im ganzen aber war und blieb Severing auch als Staatsminister bewußter und rücksichtsloser sozialdemokratischer Parteimann. Das zeigte er zunächst auf dem Gebiete der Personalpolitik...“

Die Kreuzzeitung schreibt:

„Er hat es fertig gebracht, die preussische Verwaltung ganz im sozialdemokratischen Sinne zu „demokratisieren“. Seine Tätigkeit bestand in erster Linie darin, den Staatsbegriff, den wir mit Preußen verbinden, auszuwischen und an seine Stelle ein von der Sozialdemokratie beherrschtes Regime zu setzen. In ihm besaß die Sozialdemokratie ihre stärkste innerpolitische Machtposition. Hatte er doch die größte Staatsmaschine des deutschen Reiches in der Hand und war deshalb für die Politik des Reiches ein entscheidender Faktor. So konnte sich seine Partei die Oppositionsstellung ohne Schädigung ihres maßgebenden staatlichen Einflusses leisten. Mit Severing im Hintergrund konnte nichts passieren, das ihre innerpolitischen Machtpositionen entscheidend geschädigt hätte.“

Neulich äußert sich auch die „Tägliche Rundschau“:

Der „Sozialanzeiger“ schreibt zu Severings Scheiden:

„Er ist auch bei seinen politischen Gegnern niemals in den Verdacht eines Meißers gekommen und jetzt, wo er der politischen Macht entzogen, soll ihm wahrheitsgemäß bescheinigt werden, daß er mit reinen Händen den Staatsdienst wieder verläßt, zu dem er sich nicht gedrängt hat. Seine Partei hat die hohe Meinung, die sie von seinen geistigen und moralischen Eigenschaften besitzt, immer dadurch bekräftigt, daß sie ihn auf die schwierigsten Posten entsandte, die zu vergeben waren, und Herr Severing hat es wohl verstanden, ihre Erwartungen zu rechtfertigen.“

Mitglieder des Zentralkomitees, die die Parteibeischlüsse verlegt haben, Maßnahmen zu treffen.“

Es hat den Anschein, als ob mit dieser Meldung ein Aufstand zu der zuerst am 15. Oktober einberufenen und dann auf den 25. Oktober verlegten Konferenz der kommunistischen Partei Rußlands angekündigt wird. Es läßt sich nicht mehr bezweifeln, daß der Kampf zwischen der Opposition und der Parteileitung von neuem aufgelebt ist. Das Zentralkomitee der russischen Partei soll in einer Sitzung gegenüber der Tätigkeit, die die Opposition neuerdings wieder entfaltet, besondere Beschlüsse gefaßt haben, deren Inhalt allerdings noch nicht in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Aber ganz allgemein wird in Moskau mit einem neuen Parteiprozess gegen die namhaftesten Führer der Opposition innerhalb der kommunistischen Partei Rußlands gerechnet. Dieser neue Prozess wird sich diesmal nicht nur gegen den Kreis um Sinowjew richten, sondern gegen die Führung der gesamten Opposition einschließlich Trozki.

Hohenzollernprinzen in der Reichswehr

Die Frage des Reichswehrrückwärtigen

von

Polizeikerst Lange

An den Reichswehrrückwärtigen in Münzingen hat der älteste Sohn des Kronprinzen als Zeitfreiwilliger teilgenommen, und zwar in der ersten Kompanie des Reichswehrrückwärtigen-Reg. Nr. 9, dessen Garnison Potsdam ist. Die Einrichtung der „Zeitfreiwilligen“ ist ja nun zum Gewohnheitsrecht der Reichswehr geworden, und somit ist auch alles im Sinne des Herrn Geßler in bester Ordnung. Da diese Kompanie von Herrn Geßler die Pflege der Tradition des ehemaligen ersten Garde-Regiments übertragen ist, und gemäß § 2 der Heeresergänzungsbestimmungen

„die Werbung der Freiwilligen in erster Linie in die Hände der Kompaniechefs zu legen ist, weil sie besonders in der Lage sind, persönliche Beziehungen auszunutzen und unmittelbares Interesse an der Güte des Heereserzuges haben“,

hat der Kompaniechef obiger Kompanie der Reichswehr der deutschen Republik, Herr Major von Vietinghoff, durchaus bestimmungsgemäß gehandelt. Die Hohenzollern-Söhne begannen doch auch früher ihre militärische Laufbahn im ersten Garderegiment zu Fuß. Herr Major von Vietinghoff hat also nicht nur „Tradition“ gepflegt, sondern auch sein „persönliches Interesse“ gewahrt.

Es ist durchaus anzunehmen, daß Herr Geßler mit der Einstellung des Herrn von Hohenzollern sehr einverstanden ist; hat er doch dem früheren Reichspräsidenten Ebert, als man in der Öffentlichkeit sich darüber beschwerte, daß Reichswehrrückwärtigen Paradenmäßig vor dem Prinzen Eitel Friedrich machten, in einem Schreiben H. L. 409. 6. 21. T. I. 888. v. 13. 6. 21 unter anderem folgendes geantwortet:

„Bleibt schließlich die Beteiligung des Hohenzollernprinzen. Ich gebe zu, für manche Kreise ein rotes Tuch; aber auch hier wird der demokratische Grundsatz: „Gleiches Recht für alle“ Geltung finden müssen. Ein anerkannter tapferer Soldat, der seine Truppe mit höchster Tapferkeit und Auszeichnung geführt und den ganzen Krieg über an der Front (?) gestanden hat, wird von der Teilnahme an soldatischen Erinnerungsfeiern nicht ausgeschlossen werden können, weil er das Unglück hat, ein Prinz zu sein.“

Es ist nicht uninteressant, hinzuzufügen, daß dieser Brief zwar die Unterschrift des Herrn Geßler trägt, aber von Herrn Major von Schleicher entworfen ist, demselben Herrn Schleicher, der die Aktion des Major Buchruder protegiert hat und trotzdem noch immer im Reichswehrministerium sitzt, ja sogar zum Oberst befördert worden ist und — das politische Kabinet des Ministers verwaltet!

Auch hat Herr Geßler es ja mehrfach ausgesprochen, daß die Arme der deutschen Reichswehr für jeden Deutschen weit offen stehen, der bereit ist, den Dienst zu leisten, in welchem der Soldat „Treue der Reichsverfassung“, Schutz der gleichmäßigen Einrichtung des deutschen Reiches, sowie Gehorsam dem Reichspräsidenten und den Vorgesetzten gelobt.“ Noch am 28. Mai d. J. erklärte Herr Geßler bei Beratung des Reichswehretats im Reichstage, daß wir kein Recht hätten, von ihm zu verlangen, daß er nur Republikaner in die Wehrmacht einstelle. . . .

Die Erfolge dieser Personalpolitik des Republikaners Geßler sind verblüffend. Das Offizierskorps der Reichswehr ist in seinem überwiegenden Teil dem Adel entnommen und zwar gilt dies nicht nur für die aus der alten Armee übernommenen Offiziere, sondern auch unter dem neuen Offiziers-Ersatz ist ja fast immer mehr als ein Drittel aus adligem Geschlecht. Wer diese Herren kennt, weiß, daß sie ganz andere Pläne haben, als dieser ??? Republik mit dem Willen zu dienen, sie unter allen Umständen zu erhalten und zu schützen.

Wie frei und ungehemmt man gegen die Republik nicht nur unter Duldung des Reichswehrministers arbeitet, sondern mit dessen ausdrücklicher Erlaubnis, möge auch folgender Umstand erhellen: Im Jahre 1921 hat Herr Geßler den Offizieren die Zugehörigkeit zum deutschen Offiziersbund (DOB.) verboten. Dieser streng monarchistisch eingestellte Bund gibt eine Zeitung heraus, betitelt „Deutscher Offiziersbund“ (Kopf: Alter Kaiseradler mit Krone). Damit nun die Herren Offiziere ihr Leibblatt (das sie übrigens auch ohne diesen Erlaß stets gelesen haben), endlich wieder mit amtlicher Erlaubnis lesen können, wird im Heeresverordnungsblatt vom 14. September 1926 dienlich empfohlen, dies Blatt zu halten, da dort Unterricht in Fremdsprachen vermittelt wird. (!!) Man sollte es nicht für möglich halten und doch ist es so geschehen im siebenten Jahre der deutschen Republik!

Und nun sehe man sich die letzte Nummer dieser amtlich empfohlenen Zeitung des deutschen Offiziersbundes an. Aus dem Inhalt sei folgendes mitgeteilt: „Der Marine-Feldzug“ von Kronprinz (???)

Der Bruch in den Sowjets

Stalin klagt Sinowjew vor aller Welt an

Berlin, 5. Oktober

Die Moskauer Telegraphen-Agentur versendet heute folgende Meldung in die Welt hinaus:

„Die Oppositionsführer Sinowjew, Trozki, Kadei, Bjakow, Smilga und Sapronow begaben sich trotz der Beschlüsse der kommunistischen Partei über die Unzulässigkeit von Diskussionen über die Partei in die Moskauer Fabrik No 10 Petrow, um dort eine Diskussion einzuleiten. Die kommunistischen Arbeiter dieser Fabrik bezeichneten dies als eine fraktionelle Handlungsweise der Opposition und nahmen eine Entschlüsselung an, die das Auftreten der Oppositionsführer verurteilte. Das Moskauer Komitee forderte das Zentralkomitee auf, gegen die

